

Lord George hat es mit der Unbehindlichkeit zu arg ge-
trieben; das hat ihm den Hals gebrochen.

Als großzügiger leitender Gedanke hebt sich aus dem
sowohl von konservativer wie liberaler Seite betätigten
Reizende gegenseitiger Annäherung das Motiv hervor, das
gemeinsame bürgerliche Interesse vor Schaden zu bewahren
und alle Kräfte im Kampfe gegen die Arbeiterpartei zu ver-
einigen. Dieser Gesichtspunkt wird als so durchschlagend
empunden, daß schon jetzt Bemühungen eingeleitet haben,
die darauf abzielen, zwischen Unionisten und Koalitionslibe-
ralen ein Wahlbündnis zustande zu bringen, kraft dessen
die beiden Parteien keine Kandidaten in denselben Bezirken
gegenseitig aufstellen dürfen. Das englische Bürgerium
verfügt noch über einen stark ausgeprägten Sinn für die
Vorzüge der alten privatrechtlichen Ordnung und ist
von dem sozialistischen oder gar kommunistischen Gedankens-
pläne so wenig angezogen, daß man eher sagen könnte,
es sei zu mancherlei Begehrtheit und habe zu wenig Ver-
ständnis für eine zeitgemäße soziale Auffassung, auch inner-
halb solcher Grenzen, die noch eine strenge Scheidelinie
gegenüber sozialdemokratischen Anschauungen ziehen. Von
diesem Standpunkte aus betrachten die englischen bürger-
lichen Parteien, mit Ausnahme der unabhängigen Radikali-
schen, das starke Anwachsen der Arbeiterpartei mit
steigender Sorge. Angesichts der überraschenden Erfolge,
welche die Arbeiterpartei bei den Wahlen erzielt hat,
rechnet man mit der Möglichkeit, daß sie mit mindestens
250 Mandaten ins Parlament zurückkehren könnte, und
wenn dann die unabhängigen Liberalen noch zwei Tausend
Mandate hinzugewinnen, so bildeten diese beiden Parteien
unter den 615 Abgeordneten des Unterhauses die Mehrheit
und könnten eine radikale Regierung inschalten. Mit
dieser Gefahr hatten die Koalitionsparteien bereits seit
längerer Zeit gerechnet und deshalb Lord George veranlaßt,
Nichtwahl für eine Reform des Oberhauses auszusprechen,
die aus dem Hause der Lords, der bisherigen Adelskammer,
einen Senat nach amerikanischem und französischem Vor-
bilde machen sollten, um dadurch einen verfassungsmäßigen
Demokratismus gegenüber einer radikalen Regierung und
einem mit radikaler Mehrheit ausgestatteten Unterhause zu
schaffen. Zu diesem Zwecke sollte die Zahl der Mitglieder
des Oberhauses, die jetzt über 700 beträgt, auf 300 beschränkt
und der Schwerpunkt der Körperchaft in einen Kreis von
Mitgliedern verlegt werden, die man von den großen Wirt-
schaftsorganisationen des Landes wählen lassen wollte. Die
wirtschaftlichen Vertreter sollten für eine längere Reihe von
Jahren ihren Sitz innehaben und nach Ablauf ihres Man-
dates wieder wählbar sein. Auf sohem Wege gedachten
die bürgerlichen Parteien zu erreichen, daß das Oberhaus
aus seiner jetzigen verpönten Einrichtung und politischen
Einflusslosigkeit herausgehoben und zu einem wirksamen
Gegengewicht des Reiches gegen die wirtschaftlichen und
sozialen Umwälzungspläne der Arbeiterpartei ausgearbeitet
würde. Die Lords reagierten aber lauer auf diese Nicht-
wahlen. Sie wollten von ihren alten erblichen Privilegien,
kraft deren sie im Oberhause heimisch sind, nichts hergeben
und hemmen sich mit aller Gewalt gegen die ihnen an-
gemessenen Vorschläge. Das hätte ihnen nun freilich
bei der verfassungsmäßig überragenden Stellung des Unter-
hauses, das jeden Einspruch des Oberhauses durch zwei-
malige Wiederholung seines eigenen abweichenden Beschlusses
unwirksam machen kann, auf die Dauer nicht ge-
schlossen, wenn nicht Lord George, der alte Peroldrauer im
Kampfe gegen die Adelsprivilegien, in dem Bekreben, seiner
wankende Stellung zu stützen, sich den Lords anwandert und
um sie für sich zu gewinnen, die Reform des Oberhauses
auf die lange Bank geschoben hätte. Dadurch wurde die
bürgerliche Opposition gegen ihn um so schärfer aufgeschoben
um es zu damit zu rechnen, daß diese Frage um so rascher
gelöst werden wird, je früher die Wahl der Mandate ist,
mit denen die Arbeiterpartei in das Parlament nach den
Wahlen einzieht. Die Arbeiterpartei hat ihr Wahl-
manifest bereits veröffentlicht, das u. a. die Forderung der
sozialistischen Sozialisierung der Bergwerke und Eisenbahnen
enthält. Die bürgerlichen Kreise sehen einer derartigen
Maßnahme durchaus ablehnend gegenüber und werden sich
dahin bemühen, nur vorant zu treten, ihre Reihen noch weiter
zu schließen, um bei den Wahlen eine zuverlässige Abwehr
mehrheit gegen den Sozialismus zu schaffen.

Im ganzen macht das Verhalten der bürgerlichen Par-
teien in England, angesichts der radikalen Politik und der
Neuwahlen den Eindruck einer harten politischen Meile und
Schönung, um die nur die Engländer nur bestehen können.
Offenbar unter dem Eindruck einer solchen Empfindung hat
die deutschnationale Fraktion Dr. Derr im Reichstage den
Wunsch geäußert, die Reorganisation im England möchte
auch bei uns eine veränderte politische Einstellung zur
Vorse haben. Es scheint ja auch in der Tat hinter den
Küsten etwas vorzugehen, man weiß nur noch nicht, was
wie der westliche sozialdemokratische Volksschullehrer und
Abnehmer Zabor zu lösen pflegt. Was aber auch dabei
herauskommen mag, es kann nur dann der Allgemeinheit
zum Besten gereichen, wenn die Umgestaltung auf dem
entschiedenen überparteilichen Willen zu einer nachrich-
tigen Reorganisation und Weiterentwicklung der bürgerlichen
Interessen beruht, wie er jetzt in England in Erscheinung
tritt.

Die Ueberfremdungsfahr.

Berlin, 26. Okt. Wie wir von maßgebender Seite
erfahren, beschäftigen sich die Banken mit der Frage der
Ueberfremdungsfahr, und haben eine Besprechung
ländlicher Bank- in Aussicht genommen, welche
wenn die Banken gehen können, um Deutschland vor der
Ueberfremdungsfahr zu schützen. Es handelt sich vor
allem dabei um die Absicht der Banken, die Beteiligung des
ausländischen Kapitals an deutschem Grundbesitz und deut-
schen Aktien einzuschränken.

Ein Großindustrieller über Kohlenfrage und Goldschein.

Berlin, 27. Okt. In der gestrigen Vortrags-
Vorsprechung führte der Großindustrielle Hrn. Adolfer
über die Lösung der Kohlenfrage u. a. aus, daß die
Vorforderung unbedingt so weit gehen müsse, daß wir die
Einfuhr von englischer Kohle einstellen und die deutschen
Betriebe, wie A. B. die Eisenbahnen, ausschließlich mit deut-
scher Kohle versorgen können. Durch die Erzeugung
der Kohlenförderung müsse ermöglicht werden, die
Eisenerezeugung, die wir heute noch vom Ausland be-
dürfen, im Inlande herzustellen. Wenn die Erzeugung
aller Produkte, die wir im Inlande haben, so stark ge-
steigert werde, daß eine Einfuhr nicht mehr nötig wäre,
würde der Devisennot in erheblichem Maße ge-
heuert werden. Adolfer wandte sich auch gegen die
Einfuhr von Goldscheinen, weil dadurch erst
recht die Papiermark entwertet werden würde.

40 deutsche Industrielle in Laon.

Aus Laon wird gemeldet, daß dort eine Gruppe von
40 deutschen Industriellen angekommen ist und
unter der Führung eines Beamten der französischen Zentral-
verwaltung die Besichtigung der Gegend begonnen hat. Der
Besuch war für drei Stunden berechnet und galt dem Zweck,
die für die Ausführung der Verträge von Berlin und Paris
notwendigen Schritte vorzubereiten. Wie der „Excelsior“
wissen will, sollen die deutschen Besucher sich über die bereits
geleiteten Wiederaufbauarbeiten mit großer Anerkennung
ausgesprochen haben.

„Forsch aber frisch.“

Zu der unter dieser Ueberschrift veröffentlichten Neu-
gung der „Deutschen Wltg. Ztg.“ bemerkt die „National-
korresp.“: Die Haltung der „Deutschen Wltg. Ztg.“ unter
der Leitung des Herrn Feuch veranlaßt und in diesem Zu-
sammenhang zu der auch von dem genannten Blatt selbst
widerholt gemachten Feststellung, daß die „Deutsche
Wltg. Ztg.“ keinen Anspruch darauf erhebt, ein
Blatt der Deutschen Volkspartei zu sein.

Hergt über die deutschnationale Politik.

Deutschnationaler Parteitag.

(Eigener Tagungsbericht der „Dresdn. Nachrichten“.)
Ostbr., 27. Okt. Im großen Saale der Ostbr. Stadt-
halle, der mit schwarz-weiß-roten Fahnen und den Ban-
nern der deutschen Väter und der Stadt Ostbr. reich ge-
schmückt war, fand heute die erste öffentliche Sitzung
des Deutschnationalen Parteitages statt. Mehr als 1100 De-
legierte aus allen Gegenden Deutschlands hatten sich ein-
gefunden; dazu kamen weit über 1000 Gäste. Mit stürmi-
sem Beifall begrüßte, eröffnete der Parteivorsitzende Hergt
um 10 1/2 Uhr den Parteitag. Er erinnerte daran, daß die
vorigen Parteitage im Süden und Westen stattgefunden
haben, der letzte aber in Schlesien. Das sei ein Beweis
dafür, daß für die Deutschnationale Volkspartei keine
Grenzen gebe: Das ganze Deutschland soll es sein! (Be-
stärkter Beifall.) Hier im Osten habe sich die Wiege der
konservativen Partei gekannt. Das solle ein
Symboll sein.

Nach einem Ergelovortrag, der in das Deutschland-Lied
ausklang, das von den Anwesenden lebend gesungen wurde,
begrißte Landtagsabgeordneter Krennborn den Parteitag
im Namen der Ostbr. Organisation. Darauf hielt

Erzellenz Hergt

die politische Eröffnungsrede: Vor Jahresfrist ließ Dr.
Dellferrich seinen Kassandraruf in Vorausahnung der
kommenden Not erschallen: Weg mit der Weltwirtschaft
im inneren Ort.

Weg mit der unseligen Erfüllungspolitik,
wenn anders nicht das deutsche Volk zum unermesslichen
Bankrott kommen soll! Und nachdem gab Herr v. Braun
ein erschütterndes Bild von dem hauptsächlichsten Mangel
einer fruchtbaren Wirtschaftspolitik bei der Regierung und
forderte den Uebergang zu einer entscheidenden Produktions-
politik. In diesen Forderungen lag damals und liegt
heute noch der Schlüssel der Lage.

Unsere Aufgabe ist es, hier der Regierung das Gewissen
zu schärfen. Anzueh ist aber auch die Selbsthilfe unsere
Pflicht. Noch ist der offizielle Bankrott durch das jüngste
Schwachscheitabkommen vermieden. Die gegenwärtige
Kriempeule ist keine vollständige. Das einzige Mittel, um
neue überschüssige Teufeln zu verfallen, wäre eine aktive
Handhabung. (Beif. Sehr richtig!) Die von Herrn
Stinnes und anderen mit Frankreich abgeschlossenen Wirt-
schaftsverträge können eine Besserung auf diesem Gebiete
nicht herbeiführen, das Uebersehensabkommen hat die
Kohlenproduktion bisher nicht nennenswert erhöht. Recht
schlimm ist eine einseitige Forderung darin voranzutreiben.
Niemand weiß, wie es mit den gewaltigen Reparations-
lasten des neuen Jahres — rückständige und neu fällig-
werdende Anzahlungen und Sachleistungen — werden
soll, bezüglich deren vorläufig noch nicht das kleinste
Entgegenkommen zu verspüren ist. So erklärt es sich nur
zu natürlich, daß trotz der gegenwärtigen Kriempeule im
wesentlichen kein Vertrauen zur deutschen Entwicklung be-
steht und daß auch im Inland die Flucht vor der Mark ein-
geleitet hat.

Ein lauthares Menekel für die Regierung, daß
auch das eigene Land so bar jeden Vertrauen zu
ihrer Politik geworden ist.

Aus denselben Gründen mußte die neue Teufelverord-
nung der Regierung ein Schicksal ins Wasser bleichen. Die
Not trifft mit wenig Ausnahmen das ganze Volk. Unsere
deutschnationalen Arbeiter sind darin eins mit uns, daß die
deutsche Not keine ausschließliche Arbeiterangelegenheit ist
und sein darf.

Der wirtschaftliche und kulturelle Fortschritt Deutsch-
lands ist aufs schwerste gefährdet. Die ganze Umwertung
des Staats- und Wirtschaftslebens geht besonders auf
Kohlen des Mittellandes. Man könnte fast von einer Art
Sozialisierung durch wirtschaftliche Umstellung reden. Tiefen
Gedanken gegenüber bedarf die alte Mittelstands-
politik völlig ihre Bedeutung. Dazu tritt aber die Mittel-
standspolitik im neuen Sinne:

Die große Forderung nunmehr aller derjenigen
nachstehenden mittleren Kreise, in denen traditionell
der Bildungshunger, das Streben nach Vorwärts-
kommen zu Hause war.

Es sind dies vornehmlich die deutschnationalen
Kreise, augenblicklich deren wir uns mit allen Mitteln ein-
setzen müssen, damit diese Arbeitssysteme des Ord-
nungswilligen nicht aus wirtschaftlichen Sorgen zum
Erliegen kommen. (Beif. Aus.)

Wir brauchen die endgültige Abkehr von der Er-
füllungspolitik, nicht Kriempeule, sondern die End-
lösung mit langfristiger auswärtiger Goldanleihe.
Die Regierung muß und wird weggeführt werden,
wenn sie die Souveränität Deutschlands weiter
anfechten läßt.

Wer nicht läßt, daß nur noch ein großer Wurf gelingen
kann, daß gerade das Merkmal und Größe die einzige
Hoffnung auf Erfolg hat, der hat kein Verhängnis für die
Fische der Vögel. Auch in Frankreich scheint man sich nach
einer großen Tat. Der Wiederaufbau der zerstörten Ge-
biete kann von Frankreich allein nicht durchgeführt werden.
Der Tag, wo wir uns unbeschadet unserer Einziehung in
England und unterer Öffnung auf Amerikas erdglückigen
Eintritt in europäische Sanierungsverhandlungen mit den
Verständigungsbereiten Wirtschaftskräften
Frankreichs über einen gemeinsamen groß-
zügigen Plan einigen können, ist gekommen.

Endlich liegt in einer entscheidenden Produktionspolitik
im Innern der Kernpunkt des Problems der Erholung aus
unserer Not. Wir müssen mehr arbeiten, ob wir nun wollen
oder nicht.

In der Frage der Reichspräsidentenwahl hatten wir ge-
glaubt, daß die bürgerliche Einigung in dieser Frage eine
Zelbstverständlichkeit sein würde. Es gab einen Mann,
der das Steuerrohr des Staats wieder herumreißen
konnte: Hindenburg. (Stürmischer Beifall.) Aber man hat
die Größe des überparteilichen Programms, man hat
Hindenburg geopfert.

Wenn man will, daß wir die monarchistische, die deutsch-
völkische Propaganda einstellen, daß wir uns überhaupt
nicht mehr als Oppositionspartei gebärden, dann sei die An-
kündigung dieses Parteitages: Nun erst recht! (Der Parteitag
und die Tribünenbesucher erheben sich von den Plätzen,
minutenlang dauern die stürmischen Beifallsdemonstrationen
im Saale an.)

Es folgen nunmehr Verhandlungssprachen.

Ueber die Grundlagen der auswärtigen Politik

Spricht Landtagsabgeordneter Prof. Dr. Dohsch,
der sich über die Erholung und Erhaltung des Deutsch-
tums in den Grenzmarken und jenseits der Grenzen aus-
spricht. Es ist Pflicht des Vaterlandes, ein organisiertes Pro-
gramm der Grenzmarken als Teil seiner Außenpolitik mit
Hilfsleistung und Opferwilligkeit zu verfolgen. Der ostslawischen
Einwanderung muß endlich gesteuert werden. (Beifall.)
Eine Verständigung mit Frankreich scheint un-
möglich. Unsere Erfahrung zeigt uns heute in England
hin, daß an der Deckung des europäischen Gleich-
gewichtes ganz entscheidend interessiert ist. Im Osten
steht es so, daß, wie die Dinge heute liegen, mit Polen
eine ganz große Verhandlung nicht möglich ist (Sehr
richtig!) und mit Rußland die Völkergemeinschaft zur
Interessen- und Staatsgemeinschaft führen muß.

Als Aktionsprogramm in der nächsten Zeit wird
angesehen der trostlose Lage Deutschlands aus-
gesprochen eine aktive Reparationspolitik, die Forder-
ung, daß Goldleistungen überhaupt nicht mehr
und Sachleistungen nur im Rahmen unserer
Leistungsfähigkeit getätigt werden.

(Beifalliger Beifall.) Wir brauchen weiter eine aktive Politik
in den deutsch-polnischen und deutsch-rußischen Verhält-
nissen, die den Vertrag von Rapallo räumlich und sachlich
ausbauen muß. Wir brauchen aktive Grenzmarkenpolitik
und schließlich aktive Grenzmarkenpolitik. Wir haben
eine Regierung, in der wenig gehandelt wird und die sich
den Luxus leistet, daß Außenministerium monatlich un-
befehligt zu lassen. Außenpolitische Schulung ist die Haupt-
aufgabe für unser Volk, das erkennen muß, daß die Außen-
politik der Innenpolitik vorangeht. Die Partei steht in
den Kampf des Winters in schärfster Opposition gegen
alles Undeutsche, aber in positiver und schaffender
Opposition, mit dem Willen zur Macht am
Staate und mit dem Willen zur Arbeit am Staate. Im
alkem Glend der Zeit tut die Partei ihre Arbeit, weil sie
an die Zukunft des Volkes glaubt. (Stürmischer, lang-
anhaltender Beifall.) Der Redner weist zum Schluß
darauf hin, daß Hergt ein großes Wirtschaftsprogramm
vorgelagt habe und daß Dellferrich allmählich immer mehr
zum Führer des deutschen Volkes geworden sei. (Großer
Beifall. Die Anwesenden erheben sich von den Plätzen
und stimmen lebhaft zu.)

Im Anschluß an das Referat wurde eine Entschließung

vorgelegt, welche der durch die Pariser Friedensschlüsse in
ihrem Selbstbestimmungsrecht verwehrt, von Deutschen
Reiche losgerissenen Volksgenossen gedenkt und es
als eine unablässige Vorbedingung für die Wiederherstellung
unseres Volkes bezeichnet, daß diese härtesten Außenfeind
unserer Kultur und Wirtschaft vor den Türen des Reiches
und der Welt nicht einbüßen.

Nach einer Pause sprach der Abg. Graf-Thüringen über Verfassung und Recht in der deutschen Republik.

Einleitend wies er darauf hin, daß der 11. August dem deut-
schen Volke als Feiertag beider worden sei. Eine geschichtliche
Notwendigkeit zur Feier lag noch nicht vor. Auch war der
Zeitpunkt sehr unglücklich gewählt, denn man hatte gerade
die Verfassung durchlöchernden Gesetz zum Schutze der
Republik verabschiedet. Das Volk war nicht bei dieser Ver-
fassungsfest, Zentrum und Demokraten sind sogenannte
Vernunftrepublikaner, die zur gegebenen Zeit auch wieder
Vernunftmonarchisten sein werden. (Beif. sehr.) Die von
der Regierung nicht bloß geduldet, sondern auch neue-
sordernden zentralistischen Bestrebungen gefährden die
Reichseinheit. Dies härt die Deutschnationale Volkspartei
in der Erkenntnis, daß das in der Weimarer Ver-
fassung geschaffene Regierungssystem nicht die dem
deutschen Wesen entsprechende Staatsform
ist. Der Parteitag verlangt die Aufhebung der Gesetze zum
Schutze der Republik, die die Freiheit der Presse, der Ver-
sammlungen und Vereine beschränken. Wegen den uner-
hörten Terror, dem heute Verammlungen der rechtlichen-
den Parteien unterliegen, verlangt der Parteitag wirksamen
Rechtsschutz. Wir fordern Abkehr von den Grundrissen der
Weimarer Verfassung und Rückkehr zu einem Reichs-
tag mit bis marischer Art, zur Bismarckschen
Staatsform, die das deutsche Volk aus der unerkennbaren
Einheit auslammenschweifte, die in den Augusttagen von
1914 so überwältigend zum Ausdruck kam.

Bei der Verfassungsgesetzgebung neben dem wieder holländig gewordenen Deutschland-Lied die Internationale

(Hört, hört!) Wenn der Reichspräsident das Deutschland-
Lied salonfähig gemacht hat, so liegt darin ein aut Stück
deutschnationaler Erziehungsarbeit. (Beifall.)

Die Auseinandersetzung mit Wulle u. Gräfe

In einer geschlossenen Sitzung der Partei am Nach-
mittag fanden die Wulle u. Gräfe und Wulle zur Verhand-
lung. Von verschiedenen führenden Mitgliedern der Partei
wurde noch einmal der Versuch gemacht, den Abg. Wulle,
der erklärte, von dem nichtanwesenden Abg. v. Gräfe zur
Abgabe von Erklärungen ermächtigt zu sein, dazu zu
bewegen, im Interesse der Geschlossenheit der Partei vorzu-
schreiten. Im Interesse der Geschlossenheit und der
Reichstagsfraktion anschlössen. Nachdem Abg. Wulle Er-
klärungen abgegeben hatte, die von der großen Mehrheit
des Parteitag nicht als ausreichend erachtet wurden,
wurde ein Beschluß der Parteiverammlung vom 18. Oktober
durch den Parteitag mit 16 gegen 12 Stimmen angenom-
men. Danach hat der Parteitag die Beschlüsse des Partei-
vorstandes auf Einziehung von deutschnationalen Arbeits-
und Studienausschüssen beim Parteivorstand und den Lan-
desverbänden der Partei befristet, daneben die Grün-
dung einer deutschnationalen Arbeits-
gemeinschaft innerhalb der Partei oder der
Umwandlung in eine solche außerhalb der Partei abge-
lehnt. Wie wir erfahren, werden die ausständigen Parteimit-
glieder nunmehr die Folgerungen aus diesem Beschluß
ziehen.

Zu dem gestrigen Bericht ist zu bemerken, daß die dort
genannte Zahl 10675 sich selbstverständlich nicht auf die Ge-
samtmittelgliederzahl, sondern auf die in der Partei vor-
handenen Organisationen bezieht.

Erhöhung der Kohlenpreise.

Berlin, 27. Okt. Der vorgestern nachts gefällte Schieds-
spruch über die Erhöhung der Verarbeitungskosten bildet
die Grundlage für eine weitere Kohlenpreiserhöhung,
die die Organe der Kohlenwirtschaft heute vor-
nahmen. Die Preise wurden wie folgt erhöht: Für das
Aubrabet (Weißkohle) 2000 Mk. pro Tonne, für
Sodas durchschnittlich 2010 Mk., für das oelstetische und
mitteldeutsche Braunkohlenkonkordat 74 Mk. für
Rohkohle und 204 Mk. für Beifall. Die Preise gelten
mit Wirkung ab 1. November. Zu den Erhöhungen treten
die üblichen Sätze für Steuern und Handelszinsen. (M. Z.)

Die deutsche Sprache beim Internationalen Arbeitssamt.

Genf, 27. Okt. Die Internationale Arbeitssamts-
konferenz nahm heute u. a. den Art. 11 der Geschäftsordnung an, der
die englische und die französische Sprache als alleinige Amts-
sprache beibehält. Nach einer längeren Debatte stellte jedoch
der Präsident der Konferenz, Lord Burnham, fest, daß dieser
Beschluss eine spätere Debatte über den Antrag Schürich be-
treffend die deutsche Sprache nicht ausschließt. Sofern sich
diese Erörterung darauf beschränkt, den Verwaltungsrat zu
beauftragt, die Frage der Einführung der deutschen
Sprache zu prüfen. (1) Ein in diesem Sinne abgeänderter
Antrag Schürich werde in der nächsten Sitzung zur Ver-
handlung kommen. Die spanische Abordnung will einen
ähnlichen Antrag ausrichten der spanischen Sprache ein-
bringen. (M. Z. N.)

Menschenwürdige Behandlung der ober-schlesischen Gefangenen in Mainz.

Berlin, 27. Okt. Eine Anfrage des Landtagsabgeord-
neten Wöpel und Gen. beantwortete, wie der Amtl. Preuß.
Präsident meldet, der Justizminister dahin, daß die
Satzungsnachrichten über eine menschenwürdige Behand-
lung der in das besetzte Rheinland übergeführten ober-
schlesischen politischen Gefangenen auf dem Transporte
nach Mainz und in französischen Militärgefängnissen in
Mainz zutreffend ist. Das Staatsministerium werde die
Reichsregierung ersuchen, darauf hinzuwirken, daß die
schuldigen Personen zur Rechenschaft gezogen werden.

Verbot der „Rosen Fahne“.

Berlin, 27. Okt. Das Berliner Volkspräsidium hat
auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik die
„Rosen Fahne“ auf 14 Tage verboten. Gleich-
zeitig ist eine in dem heutigen Morgenblatte der Zeitung
angekündigte Eisenbahnermassenversammlung
politisch verboten worden.